

**Regierungserklärung  
des  
Stellvertretenden Ministerpräsidenten  
und Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid  
am 29. Juni 2011  
im Landtag von Baden-Württemberg**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Stellen Sie sich vor, in einem Verein oder in einem Unternehmen, bei Ihnen im Wahlkreis oder auch bei Ihnen zu Hause übernimmt ein neuer Geschäftsführer die Leitung. Ob die Organisation klein oder groß ist – völlig egal –, was würde er als Erstes tun? Wenn er seinen Job richtig macht, dann vergräbt er sich erst einmal für eine ganze Weile in den Büchern. Denn nur, wenn er ganz genau weiß, wie die wirtschaftliche Lage aussieht, kann er die richtigen Entscheidungen für die Zukunft treffen. Warum sollte es in der Politik anders sein?

Es ist also schlicht und ergreifend eine Selbstverständlichkeit, dass wir nach 57 Jahren CDU-Herrschaft in Baden-Württemberg einen Kassensturz durchführen.

Deshalb legt die neue Landesregierung in einer schonungslosen Bestandsaufnahme die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Landes offen. Das ist eine Frage der praktischen Vernunft: Nur wenn wir wissen, woher wir kommen, wissen wir auch, welchen Weg Baden-Württemberg in Zukunft gehen soll. Es ist gleichzeitig jedoch auch eine Frage der demokratischen Kultur. Denn es ist eine Grundvoraussetzung für funktionierende Demokratien, dass Bürgerinnen und Bürger Verantwortlichkeiten für Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft klar zuordnen können. Um es ganz klar zu sagen: Die Fakten gehören auf den Tisch. Die Menschen haben ein Recht darauf, zu erfahren, wie es nach 57 Jahren CDU-geführter Landesregierung um den Haushalt bestellt ist.

Sie müssen wissen, wie hoch der in knapp sechs Jahrzehnten angehäuften Schuldenberg tatsächlich ist und welche Erblasten die neue Landesregierung übernimmt. Um es gleich vorweg zu sagen: Das Ergebnis unseres Kassensturzes zeigt, dass all die hehren Worte vom „bestellten Haus“ mit der finanzpolitischen Realität äußerst wenig zu tun haben, es sei denn, „bestellt“ meint: Es regnet von oben herein, und von unten fängt es an zu schimmeln.

Und bevor wieder die alte Leier ausgepackt wird, wir würden „das Land schlechtreden“, sage ich ganz deutlich: Baden-Württemberg steht gut da, ist ein starkes Land dank seiner fleißigen Bürgerinnen und Bürger, der leistungsstarken und innovativen Wirtschaft, der kompetenten Verwaltung, den vielfältigen Vereinen und gesellschaftlichen Organisationen, die die aktive Bürgergesellschaft ausprägen. Sie alle verdienen auch eine ehrliche Bilanz. Denn es schadet dem Land nicht, einen Schuldenberg auch einen Schuldenberg zu nennen. Es schadet dem Land aber sehr wohl, dass jahrzehntelang ein Schuldenberg angehäuften wurde.

Baden-Württemberg hat am 27. März den Wechsel gewählt. Die Menschen wollen eine neue Politik, und sie wollen einen neuen politischen Stil. Dazu gehören Ehrlichkeit und Transparenz.

Dieser Kassensturz ist ein wichtiger Schritt, dieses Versprechen des Wechsels einzulösen. Deshalb zeigen wir heute auf, welche finanziellen Spielräume sich uns in den kommenden fünf Jahren und darüber hinaus zur politischen Gestaltung bieten. Zur Wahrheit gehört aber auch immer eine bittere Erkenntnis: Nicht alles, was wünschenswert ist, wird sich sofort realisieren lassen. Doch wer Prioritäten setzen will, wer eine verlässliche und vernünftige Politik für Baden-Württemberg planen will, kommt an einem solchen Kassensturz nicht vorbei. Er ist zugleich auch ein erster Schritt, um die in der Koalitionsvereinbarung vorgesehene Einführung eines „Finanzplans 2020“ voranzutreiben und so die Einhaltung der Schuldenbremse bis spätestens 2020 zu gewährleisten.

Um die Lage vernünftig einschätzen zu können, bleibt unser Blick nicht auf den Kernhaushalt beschränkt. Im Gegenteil: Es ist an der Zeit, die tatsächliche finanzielle Situation des Landes über die explizite Verschuldung, also etwa die Schulden am Kreditmarkt, hinaus offenzulegen. Auch die sogenannte implizite Verschuldung und bestehende sogenannte Eventualverbindlichkeiten sowie den vorhandenen Sanierungsstau gilt es in aller Deutlichkeit zu benennen. Nur so kann die notwendige Transparenz geschaffen werden.

Wir wären bereits einen Schritt weiter, wenn schon die abgewählte Regierung den Mut aufgebracht hätte, eine umfassende Bestandsaufnahme vorzunehmen. Dass sie davor zurückgeschreckt ist, mag einer der Gründe dafür sein, dass wir nun über diese Erblasten sprechen müssen.

Die Bedingungen für diesen Kassensturz sind nicht ideal. Nach wie vor plant das Land seinen Haushalt im kamerale System. Eine Bilanz oder zumindest eine Vermögensrechnung existiert derzeit nicht. Dabei hatte der verehrte Alex Möller bereits vor beinahe 60 Jahren im Zuge der Beratungen zur neuen Landesverfassung deutlich gemacht, wie wichtig Transparenz in dieser Frage ist. Ich zitiere:

"Die ganze Situation in der öffentlichen Finanzwirtschaft wäre eine andere, wenn wir im Bund sowie in den Ländern echte Vermögensbilanzen hätten. Dass wir zu diesen Vermögensbilanzen kommen müssen, ist selbstverständlich."

Leider wurde er in Baden-Württemberg, aber auch in den anderen Ländern und im Bund über Jahrzehnte nicht gehört. Die Folge ist: Wichtige Informationen zum Vermögensstatus und dessen Entwicklung aufgrund des Werteverzehrs, beispielsweise durch Abschreibung, sind nicht ausreichend verfügbar. Deshalb kann auch dieser längst überfällige Kassensturz die finanzielle Lage des Landes nicht vollständig bis ins letzte Detail und auf den Cent genau darstellen. Doch eine weitere Verzögerung bis zur Einführung transparenterer Rechnungslegungssysteme in der Zukunft wäre keine verantwortliche Alternative gewesen.

Dennoch konnten wir die wesentlichen und bedeutenden Positionen abdecken, um nun einen schnellen, schlanken und trotzdem aussagekräftigen Überblick zu geben. Schauen wir uns gemeinsam die Ergebnisse an: Die mittelfristige Finanzplanung der alten Landesregierung für den Zeitraum von 2010 bis 2014 weist – vor der Nettokreditaufnahme in den Jahren 2012 bis 2014 – Deckungslücken von rund 3 Milliarden € jährlich auf; teilweise liegen diese erheblich darüber. In den Blickpunkt rücken also zunächst die zu erwartenden Mehrbelastungen und all jene finanziellen Risiken, die in der Finanzplanung noch nicht enthalten sind. Hier finden sich leider viele ungedeckte Schecks.

Ohne jeden Zweifel ist es ein erhebliches Versäumnis der alten Landesregierung, wenn z. B. die qualitätsoffensive Bildung in der Finanzplanung nur bis zum Jahr 2012 finanziert ist. Ab 2013 fehlen hier über 225 Millionen € jährlich – Tendenz steigend. Da die alte Landesregierung noch vor der Landtagswahl von Einsparungen im Lehrerbereich Abstand genommen hat, gehe ich nicht davon aus, dass in diesem Bereich zur Gegenfinanzierung die Streichung der rund 3 500 Lehrerstellen vorgesehen war.

Vor diesem Hintergrund der bestehenden Deckungslücken ist es aber ein Gebot einer ehrlichen und verantwortungsbewussten Finanzpolitik nicht nur deutlich auf diese zusätzlichen Risiken hinzuweisen, denn die 3 500 Lehrer sind ja schließlich vorhanden. Wir müssen vielmehr deutlich sagen, dass sowohl die Fortführung der qualitätsoffensiven Bildung als auch weitere, in unserem Koalitionsvertrag angekündigte bildungspolitische Maßnahmen durch Haushaltsmittel in den nächsten Jahren gedeckt werden müssen, die aufgrund sinkender Schülerzahlen frei werden. Denn eines ist klar: Solide Finanzen sind die Grundlage einer verantwortlichen Politik.

Zum vollständigen Bild gehört auch die erfreuliche Nachricht, dass diesen Mehrbelastungen und Risiken Steuermehreinnahmen nach der Steuerschätzung vom Mai

2011 gegenüberstehen, die in der Finanzplanung der alten Regierung noch nicht bekannt waren.

Konkret bedeutet das dennoch, dass uns die alte Landesregierung trotz der ausgesprochen hohen zu erwartenden Steuermehreinnahmen noch immer Deckungslücken für die Jahre von 2012 bis 2014 von über 1,3 Milliarden € bis zu knapp 2,4 Milliarden € hinterlassen hat. Das ist das Ergebnis politischer Mutlosigkeit. Auch die Höhe der vorhandenen globalen Minderausgaben zeigt, dass der alten Landesregierung der Mut gefehlt hat, die nötigen Entscheidungen zur Haushaltskonsolidierung herbeizuführen, indem die entsprechenden Maßnahmen konkretisiert, benannt und durchgeführt werden.

Getrübt wird die Freude über die zusätzlichen Einnahmen zudem durch einen Blick auf den Bestand der allgemeinen Rücklagen des Landes. Er betrug zum Zeitpunkt des Regierungswechsels etwa 1,4 Milliarden €. Nach den Planungen der alten Landesregierung nach dem Stand des dritten Nachtragshaushalts 2011 sind allerdings lediglich für 2011 Entnahmen von über 1,1 Milliarden € vorgesehen. Durch diese Einmaleffekte werden die strukturellen Probleme übertüncht.

Vor diesem Hintergrund relativiert sich auch die Aussage in der mittelfristigen Finanzplanung, nach der im dritten Nachtragshaushalt 2011 die für 2011 erwarteten Steuermehreinnahmen in Höhe von 772 Millionen € in erster Linie sämtlich zur Verringerung der Kreditaufnahmen verwendet wurden. Tatsächlich wird der Rücklagenbestand mit 80,5 Millionen € bereits Ende 2013 nahezu vollständig aufgebraucht sein.

Auch die Sondervermögen werden angesichts der zu erwartenden Entwicklung künftiger Pensionsverpflichtungen nicht annähernd ausreichen. Sie weisen zum ersten Quartal 2011 einen Bestand von über 2,5 Milliarden € aus und sollen Ende 2014 einen Bestand von 4,2 Milliarden € erreicht haben. Diese entfallen im Wesentlichen auf die Sondervermögen des Versorgungsfonds und der Versorgungsrücklage. Hier besteht wieder dasselbe Problem: Statt ausreichender Vorsorge in der Vergangenheit hinterlässt die alte Landesregierung ungedeckte Wechsel für die Zukunft.

Der Kassensturz macht deutlich, dass nicht nur bei den Rücklagen von der Substanz gelebt wurde. So verlangte Schwarz-Gelb bereits seit dem Haushalt 2005/06 Sonderausschüttungen von der L-Bank, um den Haushalt zu decken. Diese Sonderausschüttungen erfolgten in unterschiedlicher Höhe. Durchschnittlich betrugen sie 90 Millionen € pro Jahr. Für das Jahr 2011 wurde die Ausschüttung auf 130 Millionen €

erhöht. Seit 2005 hatte die L-Bank damit Sonderausschüttungen von mehr als 600 Millionen € zu erbringen. Das bedeutet, dass die Finanzkraft unserer Landesbank in dieser Höhe geschwächt wurde.

Zur Finanzierung unseres allgemeinen Haushalts wurden aber nicht nur die allgemeinen Rücklagen aufgelöst und Sonderausschüttungen der L-Bank veranlasst, sondern auch das zweckgebundene Anlagevermögen des Landes für Immobilien im sogenannten Grundstock sowie im Forstgrundstock angegriffen. Entgegen dem ehernen Grundsatz, das Vermögen des allgemeinen Grundstocks und des Forstgrundstocks zu erhalten und bei Veräußerungen wieder in gleichwertige Immobilien- und Anlagevermögen zu reinvestieren, wurden Entnahmen beschlossen und durchgeführt. Die Mittel werden also entgegen dem Werterhaltungsgedanken, der den Grundstock zugrunde liegt, für konsumtive Zwecke verwendet. Auf gut Deutsch heißt das: Sie haben das Vermögen einfach verfrühstückt, meine Damen und Herren.

Und dennoch rühmte sich die alte Landesregierung in der noch von ihr zu verantwortenden mittelfristigen Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2010 bis 2014, dass Baden-Württemberg nach Bayern den zweiten Platz bei der Pro-Kopf-Verschuldung der westdeutschen Flächenländer am Kreditmarkt halten konnte. Und in der Tat: Vordergründig betrachtet ist das ein beachtliches Ergebnis. Will man jedoch den Schuldenstand transparent und vollständig darstellen, so kann man nicht allein auf die Verschuldung an dem Kreditmarkt abstellen. Denn dies stellt nur eine von mehreren Verschuldungspositionen des Landes dar und beschränkt sich auf den sogenannten Kernhaushalt.

Jenseits dieses Kernhaushalts existieren jedoch sogenannte Extrahaushalte. Dazu zählen etwa öffentliche Fonds, Einrichtungen und unter bestimmten Voraussetzungen Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligungen der Kernhaushalte. Auch wenn diesen Schulden der Extrahaushalte aktuell teilweise Vermögenspositionen gegenüberstehen, so sind sie dennoch real und stellen ein erhebliches und nicht zu unterschätzendes Risiko dar. Denn niemand kann sicher sagen, wie sich die den Schulden gegenüberstehenden Vermögenspositionen in Zukunft entwickeln werden. Es ist also unsicher, ob unter Umständen für die Rückzahlung der bestehenden Schulden diese eingesetzt werden müssen oder ob dies im Ende aus den Extrahaushalten heraus geschehen wird. Sehr anschaulich zeigt sich dies am Beispiel der Neckarpri-Gesellschaft, über die die alte Landesregierung die EnBW-Anteile von der EdF gekauft hat.

Das Beispiel macht auch deutlich, dass es zwar die Bilanz aufhübschen mag, die Posten einfach unter den Tisch fallen zu lassen. Doch das Problem löst ein solcher Taschenspielertrick natürlich nicht, denn letztlich hat das Land auch für diese Schulden geradezustehen.

Und wir reden hier nicht von Peanuts. In dem Bereich der Extrahaushalte sind mit Stand zum 1. Quartal 2011 über 20 Milliarden € zu verbuchen. Hinzu kommen noch die sogenannten verlagerten Verpflichtungen aus den Schulden für die Vorfinanzierung von BAföG-Darlehen durch die LBBW, die Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften – dabei geht es im Wesentlichen um PPP-Projekte und die Schulden bei der Baufinanz, der Finanzierungsgesellschaft für öffentliche Vorhaben des Landes. Allein diese Position schlägt mit 1,6 Milliarden € zu Buche. Unter dem Strich bedeutet das: Statt der von der alten Landesregierung stets genannten 43 Millionen € beläuft sich damit die Verschuldung des Landes zum Zeitpunkt der Übernahme unserer Amtsgeschäfte auf über 65 Millionen €.

In Baden-Württemberg steht bereits in den nächsten Jahren eine ständig zunehmende und sich beschleunigende Zahl an Pensionierungen der Landesbeamten an. Diese Entwicklung wird zu einem weiter starken Ausscheiden aus dem aktiven Dienst der Verwaltung führen, der bis in das Jahr 2030 anhalten wird.

So ist für das Jahr 2030 insgesamt mit knapp 156 000 Versorgungsempfängern im Land zu rechnen. 2009 waren es noch knapp 100 000. Dies entspricht einer Zunahme um über 50 %. Erst danach wird sich die Zahl der Versorgungsempfänger auf hohem Niveau stabilisieren.

Die entsprechenden Pensionszahlungen sind ebenso aus den künftigen Haushalten zu bezahlen wie die Bezüge der Mitarbeiter, die neu eingestellt werden müssen, um diese Entwicklung zu kompensieren. Ganz klar: Hier kann die Politik wenig tun, um diese künftigen Belastungen des Landeshaushalts jetzt noch in ihrer Höhe zu beeinflussen. Doch sie könnte sehr wohl etwas tun, um diese Belastungen des Haushalts nicht zu einer schweren Bürde für unsere Kinder und Kindeskiner werden zu lassen: Sie kann ausreichend Rücklagen bilden.

Leider wurde dies in der Vergangenheit sträflich versäumt. Beispielsweise hat die SPD-Landtagsfraktion schon im Jahr 1997 die Einrichtung eines Pensionsfonds gefordert. Es ist ja nicht so, als wäre diese Entwicklung über Nacht gekommen – ganz im Gegenteil. Hinzu kommt, dass eine Darstellung der daraus resultierenden Belastungen im kameralen Rechnungswesen nicht vorgesehen und deshalb aktuell auch

nicht möglich ist. Erst mit der Einführung einer Vermögensrechnung werden wir künftig die Belastungen in Form von Pensionsrückstellungen jährlich berechnen können. Doch es gibt Anhaltspunkte. So leitet der Rechnungshof Baden-Württemberg in der Denkschrift 2010 aus der hessischen Eröffnungsbilanz, die 38 Milliarden € Pensionsrückstellungen ausweist, für Baden-Württemberg einen Rückstellungsbedarf von mittlerweile 70 Milliarden € ab. Aus Sicht der Landesregierung erscheint diese Schätzung durchaus plausibel. Die Gegenüberstellung ist ernüchternd: Tatsächlich sind zum Stichtag 31. Dezember 2010 knapp 1,9 Milliarden € zurückgelegt. Berücksichtigt man die geplanten Zuführungen und die voraussichtlichen Renditen aus der Anlage wird sich das Volumen der Versorgungsrücklage im Jahr 2018, dem Jahr des Beginns der geplanten schrittweisen Entnahme, auf ca. 4 Milliarden € und das Volumen des Versorgungsfonds im Jahr 2020 auf ca. 3,3 Milliarden € belaufen. Das steht also in keinem Verhältnis zu den tatsächlich auf das Land zukommenden Belastungen in den kommenden Jahren.

Konkret bedeutet das, dass wir einen weiteren ungedeckten Scheck auf die Zukunft haben, und zwar einen gewaltigen: Mehr als 68 Milliarden € an zukünftigen Pensionsverpflichtungen sind derzeit nicht gedeckt. Wer immer noch vom „bestellten Haus“ reden will, sollte jetzt ganz genau zuhören. Denn jeder Häuslebauer würde sich schämen, wenn er seinen Kindern ein Haus mit diesen Hypotheken hinterlassen würde.

Ich rede vom über Jahre hinweg ignorierten Sanierungsstau bei den Liegenschaften des Landes. Insgesamt besitzt das Land rund 8 000 Gebäude. Etwa 1 800 Objekte sind zusätzlich angemietet. Zusammen ergibt das eine Gebäudefläche von rund 11,5 Millionen m<sup>2</sup>. Das entspricht etwa 60 000 modernen Einfamilienhäusern.

Auch für diese Objekte gilt natürlich, was jeder Häuslebauer weiß: Ein Gebäude ist, auch bei regelmäßiger Instandhaltung zum Erhalt seiner Funktionsfähigkeit, nach 50 bis 60 Jahren abgewirtschaftet. Als Faustregel gilt, dass bei einer durchschnittlichen Nutzungsdauer von 50 bis 60 Jahren ein jährlicher Werteverzehr, also eine Abschreibung, in Höhe von rund 1,5 % bis 2 % des Wiederherstellungswerts erfolgt. Anfang 2011 betrug dieser Wiederherstellungswert für die landeseigenen Gebäude rund 22 Milliarden €.

Will man nun den Sanierungsstau ermitteln, muss man ihn zunächst vom Sanierungsbedarf unterscheiden. Im Jahr 2004 wurde der Gebäudezustand für den Hochschulbereich erhoben und ein Sanierungsbedarf von 4 Milliarden € ermittelt. Im sogenannten Bezirksbau, der für die Landesverwaltung und die Kulturbauten wie



Schlösser und Gärten zuständig ist, wurde der Sanierungsbedarf auf weitere 2 Milliarden € geschätzt. Dieser Sanierungsbedarf von rund 6 Milliarden € ist aber eine Momentaufnahme. Dieser Wert würde sich ergeben, wenn man die Gebäude des Landes aus der Nachkriegszeit, aus den Fünfziger- bis Siebzigerjahren, auf einen Schlag in den Neubauzustand versetzen wollte. Das wäre weder logistisch noch wirtschaftlich sinnvoll. Man arbeitet solche Aufgaben Stück für Stück je nach Zustand, Bedarf und Dringlichkeit ab. Bleibt man allerdings hinter dem zurück, was an Aufgaben ansteht, um den Substanzverlust zu vermeiden, produziert man einen Sanierungsstau, und genau dies ist der alten Landesregierung leider „gelungen“.

Um ihn zu beziffern, lauten die beiden entscheidenden Fragen ganz einfach: „Welche Mittel hätten in den vergangenen Jahren für laufenden Unterhalt und zusätzlich für Sanierung und Modernisierung zur Verfügung stehen müssen?“ Und zweitens: „Wie viel wurde tatsächlich zur Verfügung gestellt?“

Für den Bauunterhalt, der sozusagen die finanzielle Grundlast eines Gebäudes darstellt, können nach allseits anerkannten Erfahrungswerten jährlich 1,0 bis 1,5 % des Wiederherstellungswerts angesetzt werden. Dies entspricht bei 1 % im Land etwa 220 Millionen € jährlich. Tatsächlich wurden in den vergangenen Jahren hierfür allerdings nur rund 0,8 % des Wiederherstellungswerts, umgerechnet 180 Millionen €, eingesetzt. Die Folgen kann jeder sehen: Der bauliche Zustand der landeseigenen Immobilien hat sich verschlechtert. Wie bereits erwähnt, ist ein Gebäude bei regelmäßiger Instandhaltung nach 50 bis 60 Jahren abgewirtschaftet. Zusätzlich zur Grundlast Bauunterhalt muss in die Gebäude nach einer bestimmten Nutzungsdauer investiert werden, um den Vermögenswert zu erhalten. Dafür wiederum sind jährlich Investitionen im Umfang von 1,5 bis 2 % des Wiederherstellungswerts erforderlich. Dies entspräche im Land bei 1,5 % – also wieder die untere Grenze – 330 Millionen € jährlich.

Tatsächlich wurden in den vergangenen Jahren hierfür aber nur rund 0,9 % des Wiederherstellungswerts bzw. 195 Millionen € eingesetzt. Auch hier hat sich also der bauliche Zustand der landeseigenen Immobilien verschlechtert.

Rechnen wir das Ganze einmal zusammen. Allein für den Werterhalt der landeseigenen Gebäude wären jährlich Mittel in Höhe von 550 Millionen € erforderlich. In den letzten drei Legislaturperioden hat Schwarz-Gelb hierfür jedoch jährlich im Durchschnitt nur 375 Millionen € zur Verfügung gestellt. Es haben also 175 Millionen € pro Jahr gefehlt. In dieser Summe ergibt sich daraus ein gewaltiger Sanierungsstau

von insgesamt 2,6 Milliarden €. Darin sind die Mittel für die Ausstattung der Gebäude noch nicht einmal enthalten.

Das ist eine schwere Erblast, die wir nicht über Nacht abtragen können. Diese Hinterlassenschaft vieler Jahre zu beseitigen, wird viel Zeit brauchen. Umso wichtiger ist es, jetzt anzupacken und den von Schwarz-Gelb verursachten Sanierungsstau Stein für Stein abzutragen. Das wird alles andere als einfach. Deshalb müssen die komplexen Aufgaben sorgfältig geplant werden.

Ein Blick auf die Landesstraßen genügt, um zu sehen, dass die Situation hier nicht besser ist, im Gegenteil. "Holterdipolter", wohin man auch schaut. Kein Wunder, man hat ja auch jahrelang von der Substanz gelebt anstatt anzupacken. Es ist also nicht verwunderlich, dass der Rechnungshof 2009 festgestellt hat, dass der Zeitwert der Landesstraßen von knapp 4 Milliarden € im Jahr 1993 auf 3,4 Milliarden € im Jahr 2008 im Jahr 2008 zurückgegangen ist. Das ist ein Werteverzehr von einer halben Milliarde Euro innerhalb von 15 Jahren. In der ganzen Zeit haben die zur Verfügung gestellten Mittel auch nicht annähernd ausgereicht, die Landesstraßen in ihrem Wert zu erhalten. 1994 bis 2001 wurden durchschnittlich jährlich nur 22,5 Millionen €, 2002 bis 2008 dann immerhin aber auch nur 47,5 Millionen € in den Erhalt unserer Straßen gesteckt.

Nötig wären nach der Berechnung des Rechnungshofs allerdings rund 100 Millionen € jährlich. Die Sondermittel des Landesinfrastrukturprogramms konnten 2009 und 2010 die Lücke verringern, geschlossen wurde sie aber mit 105 Millionen € erst wenige Wochen vor der Landtagswahl. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Vor allem, wenn man bedenkt, dass in der mittelfristigen Finanzplanung für 2012 wiederum nur 50 Millionen € für den Erhalt vorgesehen sind.

Für die neue Landesregierung wird der Erhalt des bestehenden Straßennetzes hohe Priorität haben. Auch dabei gilt es angesichts der schweren Hypothek aus der Vergangenheit, nicht alles von heute auf morgen zu erledigen. Bei uns wird es keine aufgeblähten Maßnahmenlisten geben, die mit der Realität nichts zu tun haben. Über die konkreten Zahlen werden wir bei der Planaufstellung 2012 entscheiden. Aber eines steht fest: Wir werden ab 2012 die Haushaltsmittel für den Erhalt gegenüber der Planung der alten Regierung anheben.

Der Blick auf die Landesstraßen und auf die Landesgebäude hat gezeigt, dass die alte Landesregierung von der Substanz gelebt hat. Dass insgesamt ein hoher Nachholbedarf besteht, bestätigt sich auch, wenn wir die Investitionsquote im bundes-

deutschen Vergleich betrachten. Über die letzten 15 Jahre, nämlich von 1996 bis 2010, weist Baden-Württemberg eine Investitionsquote von durchschnittlich nur 9,54 % auf und liegt damit weit unter dem Schnitt. Egal, welchen Vergleich man zieht – der mit allen Bundesländern, der mit den Flächenländern, der mit den westdeutschen Bundesländern –: Baden- Württemberg liegt immer deutlich dahinter. Eine solide, vorausschauende Finanzpolitik sieht anders aus, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Doch damit nicht genug. Unser Kassensturz fördert weitere Haushaltsrisiken und Versäumnisse mit potenziell erheblichen Auswirkungen zutage. Ausgewählte Beispiele: Beim Hochwasserschutz werden wir Versäumtes nachholen müssen. Denn der Rechnungshof hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass wir beim Integrierten Rheinprogramm weit hinter dem ursprünglichen Zeitplan liegen. Bis zum Abschluss dieses Programms müssen wir danach bis zu 450 Millionen € Haushaltsmittel bereitstellen. Wir werden in den nächsten Jahren prüfen müssen, wie wir diesen Bereich finanziell besser ausstatten können, immer unter der Maßgabe, die Haushaltskonsolidierung und die Einhaltung der Schuldenbremse nicht zu gefährden.

Auch bei der inneren Sicherheit hinterlässt uns die Vorgängerregierung offene Finanzierungslasten. Die Einführung des Digitalfunks für die Polizei und die Rettungsdienste war über den Projektzeitraum bis 2021 mit 400 Millionen € Gesamtsumme veranschlagt. Das ist der Betrag, der den Entscheidungen des Landtags zugrunde lag. Heute wissen wir, dass diese Summe bei Weitem nicht ausreichen wird. Wir gehen inzwischen von einem Gesamtvolumen aus, das bis zu 570 Millionen € erreichen könnte. Den Mehrbedarf werden wir in den folgenden Haushaltsjahren schultern müssen. Letztes Beispiel: Die Kunstkonzeption „Kultur 2020“, von allen in diesem Haus getragen, wurde von der Regierung Mappus im letzten Nachtragshaushalt, im Dritten Nachtragshaushalt 2011, mit einer Einsparauflage von 160 Stellen konterkariert. Schließlich: Im Zusammenhang mit dem Kauf der EnBW-Aktien schlummern beträchtliche Risiken im Haushalt. Ein nicht gerade unerhebliches Risiko besteht darin, dass der Kaufpreis – 4,6 Milliarden € – nahezu vollständig fremdfinanziert ist und die Darlehen teilweise nur kurze Laufzeiten haben. Der Hintergrund ist klar: Die Anteile sollten schnell wieder verscherbelt werden.

Wir sind da anderer Auffassung. Das wird ohne heftigen Abschlag auch nicht möglich sein. Deshalb werden wir die Darlehen zu gegebener Zeit verlängern müssen. Die Zinsen haben in letzter Zeit angezogen, sodass die zu zahlenden Kreditzinsen voraussichtlich ungünstiger sein werden. Angesichts veränderter Rahmenbedingungen am Kapitalmarkt bedeutet dies, dass unsere Zinslast voraussichtlich steigen wird. Zu

dieser steigenden Zinslast kommen durch die Abschaltung zweier Atomkraftwerke und die Investitionskosten für die Energiewende möglicherweise künftig geringere Dividenden. Im Klartext: Es besteht das Risiko, dass Zinszahlungen der Neckarpri GmbH teilweise aus dem Landeshaushalt selbst finanziert werden müssen.

Fassen wir das Ganze noch einmal zusammen: Unterm Strich stehen Schulden, verlagerte Verpflichtungen und Eventualverbindlichkeiten von insgesamt über 70 Milliarden €. Dazu kommen ungedeckte Pensionsverpflichtungen von über 68 Milliarden €. Wir haben einen Sanierungsstau bei Landesliegenschaften und Landesstraßen von zusammengerechnet über 3 Milliarden €. Beim digitalen Polizeifunk kommen weit über 100 Millionen € Mehrkosten auf uns zu, und beim Hochwasserschutz geht es um 450 Millionen €. Und die Risiken aus dem EnBW-Deal lassen sich heute nicht seriös beziffern. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn dies ein bestelltes Haus ist, dann sind Kässpätzle ein Diätgericht.

Die Hinterlassenschaften der Vorgängerregierungen liegen nun offen vor uns, und der Kassensturz hat gezeigt, dass die neue Landesregierung vor gewaltigen Herausforderungen steht, vor denen unsere Vorgänger kapituliert haben. Unsere Aufgabe besteht nun darin, diesen Berg Schritt für Schritt abzuarbeiten. Dabei führt angesichts dieser vererbten Schuldenlast kein Weg daran vorbei, den Haushalt nachhaltig zu konsolidieren. Daher werden wir mit der verbindlichen Finanzplanung einen gangbaren Weg aufzeigen, wie wir dieses Herkulesaufgabe bewältigen können. Dazu gehört auch, dass der aufgelaufene Sanierungsstau nicht weiter anwachsen darf.

Allein das wäre bereits ein großer Erfolg im Verhältnis zum Status quo, den uns Schwarz-Gelb hinterlassen hat. Soweit angesichts erheblicher Erblasten überhaupt möglich, sollte dann der Abbau des Sanierungsstaus beginnen. Das wird alles andere als einfach, und allen muss klar sein, dass ein über viele Jahre hinweg verschobenes Problem nicht von einem Tag auf den nächsten abgetragen werden kann.

Konsolidierung und Investition gehen Hand in Hand. Beides zusammen ist die Grundvoraussetzung für eine solide Basis und für erfolgreiche Regierungspolitik.

Unterlassene Investitionen in den Wertbestand des Landesvermögens sind verdeckte Schulden, und deshalb ist das Teil der Konsolidierungspolitik. Um das eine zu tun, ohne das andere zu lassen, werden wir deshalb im 4. Nachtrag 2011 mit den Steuermehreinnahmen aus der Maischätzung den Nettokreditrahmen absenken.

Auf der anderen Seite wollen wir den Sanierungsstau sukzessive abbauen, um diesen Teil der Verschuldung ebenfalls abzubauen. Denn der Kassensturz hat erhebliche wirtschaftliche Belastungen aus der Vergangenheit für die Zukunft ans Licht gebracht, die nicht ohne Weiteres im Rahmen einzelner Haushaltsjahre abzufinanzieren sind. An diesem Punkt können und wollen wir aber nicht stehen bleiben.

Zu lange wurde nicht nur über den Durst getrunken. Zu lange wurde nicht nur auf dem Deckel angeschrieben, sondern die Deckel wurden am Tresen auch noch bis in den Himmel gestapelt. An dieser Erblast werden wir noch lange tragen müssen. Doch auch diese Herausforderung werden wir in Baden-Württemberg meistern. Fragt man die Menschen in ganz Deutschland nach den drei Eigenschaften, für die der Südwesten steht, dürften drei Adjektive fallen: fleißig, einfallreich und sparsam.

Vielen Dank.